

# DARMSTADT Links

**DIE LINKE.**  
DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

## INHALT

SEITE 2

Bauverein:  
Wo bleibt der Respekt vor den Mietern...  
Scheininsolvenz bei Maximail?

SEITE 3

Die Schuldenfalle ist aufgestellt  
Geheimräte  
Glenz, Molter und Wenzel  
Auch Klinikum Darmstadt wird zur  
Geheimsache  
Linksfraktion lehnt Hartz IV-Options-  
modell ab

SEITE 4

Städtische Ehrengräber  
Auch für den Bund  
gilt dass Grundgesetz

## Bundesverfassungs-Gerichts-Urteil

# Hartz IV

## Bundesregierung muss bei Regelsätzen nachbessern



FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

MITARBEITER DER LINKSFRAKTION

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hatte im Dezember vergangenen Jahres eine Weisung über die Ablehnung von Überprüfungsanträgen gemäß § 44 Sozialgesetzbuch X zu den Hartz IV-Regelleistungen herausgegeben. Wir haben am 21. Januar eine Anfrage gestellt, wie in Darmstadt mit dieser Weisung im Hinblick auf eine bevorstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) umgegangen wird. Das Gericht hat dann am 9. Februar entschieden:

Das mit Spannung erwartete Urteil des BVerfG erklärte die Hartz IV-Regelsätze für verfassungswidrig. Aber: Die Richter beanstandeten nicht die Höhe der Regelleistungen, vielmehr nur die Art und Weise, wie die Leistungen hergeleitet und begründet werden. Der Gesetzgeber ist nun verpflichtet, die Leistungen bis Ende 2010 „transparent, sachgerecht und realitätsgerecht“ neu festzusetzen.

### Was ist realitätsgerecht?

Das Urteil überraschte nicht. Soziokulturelles Existenzminimum und Mindestmaß gesellschaftlicher Teilhabe werden politisch definiert. Es war nicht zu erwarten, dass das BVerfG bewirkt, was Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften, Sozialverbände und Parteien bisher nicht durchsetzen konnten: eine armutsfeste Mindestsicherung.

Mit etwas Phantasie dürfte es der schwarz-gelben Regierungskoalition gelingen, den Forderungen des BVerfG nachzukommen, ohne die Hartz IV-Regelleistungen erhöhen zu müssen. Aber immerhin: Die Regierung muss Farbe bekennen und konkret definieren welche Bedarfe sie bedürftigen Kindern und Erwachsenen zubilligt und nachvollziehbar darlegen, welche Geldbeträge sie für die Ausgabenpositionen einsetzt.

Allerdings darf die geforderten Transparenz nicht überschätzt werden. Jedes Bemessungssystem ist eine komplexe Angelegenheit, die eine Vielzahl von Stellschrauben bietet, mit denen eine eigentlich zwingend notwendige Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze kleingerechnet werden kann.

Die Erkenntnis, dass die Hartz-Gesetze die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen massiv gefördert hat, ist nicht neu

### Not macht erpressbar

Zentraler Hebel dabei war und ist die völlig unzureichende Höhe der Regelleistungen. Not macht erpressbar. Hartz IV hat in den Betrieben Sorgen vor dem sozialen Absturz geschürt und somit ein Klima der Angst erzeugt. -Erwerbslo-



sigkeit darf nicht ins Elend führen, Arbeitslosigkeit nicht in die Armut. Hartz IV muss am Leben teilhaben lassen, Erwerbsarbeit muss auskömmlich sein. Daher sind höhere Regelsätze bei Hartz IV genauso wichtig wie ein gesetzlicher Mindestlohn. Hervorzuheben sind dabei die geradezu niederträchtigen Beiträge des Vorsitzenden der Freiheitlich Demokratischen „Mövenpick Partei“, des amtierenden Bundesaußenministers und Vizekanzlers, Dr. Guido Westerwelle.

»Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.« So äußerte er sich unlängst im Rahmen seines persönlichen Feldzuges gegen die in Champagner badenden Hartz-IV-Menschen.

Diese quasi nicht abzulehnende Einladung nutzte die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) am 3. März, um in den bescheidenen Räumlichkeiten der FDP-Geschäftsstelle in der Rheinstraße 22 ein „spätromisch dekadentes“ Gelage à la Hartz IV abzuhalten.

### Westerwelle versteht nur eigene Späße

Die Aktion selbst, die in Begleitung zahlreicher regionaler und überregionaler Medienvertreter durchgeführt wurde, verlief ohne körperliche Auseinandersetzungen oder Sachbeschädigungen und dauerte etwa 10 Minuten. Sie wurde durch das Erscheinen gutgelaunter, fröhlich lachender Freunde und Helfer in blauer Uniform abgerundet.

Die FDP Darmstadt, namentlich ihr Vorsitzender Leif Blum, wertet diese Aktion nun aber als „Freiheitsberaubung“ und natürlich „Haus-

friedensbruch“ und hat dies so zur Anzeige gebracht. Die in der Berichterstattung nach der Aktion einfach behauptete „Körperverletzung“ (so Darmstädter Echo vom 4. März) von GALIDA-Aktiven wurde hingegen nicht angezeigt.

Die Aktion wurde nicht nur vom Hessischen Rundfunk und RTL Hessen, sondern auch von einem eigenen GALIDA-Filmteam von Beginn bis zum Ende vollständig dokumentiert. Da es zu keinerlei Berührung des einzig anwesenden FDP-Geschäftsführers kam, entlarvt sich der über die Medien gestreute Vorwurf, es hätte Tötlichkeiten gegeben, ebenso wie der neu erfundene Vorwurf der „Freiheitsberaubung“, als das was es in Wahrheit ist: Eine konstruierte Lüge zur Diskreditierung der Arbeitslosenaktivisten.

Wer sich über die Aktion und ihr Echo in den Medien kundig machen möchte, kann dies beim Internetauftritt der GALIDA tun;

<http://galida.wordpress.com>

Die unabhängige Darmstädter Rechtshilfeorganisation Bunte Hilfe Darmstadt hat die finanzielle Unterstützung der Rechtsverteidigungskosten der GALIDA-Aktiven zugesagt und ruft hierfür zu Spenden auf.

**Bitte unterstützt die GALIDA mit einer Spende an:**

**Bitte unterstützt die GALIDA mit einer Spende an:**

**Bunte Hilfe Darmstadt, Konto: 11 00 33 54  
Sparkasse Darmstadt, BLZ: 508 501 50  
Stichwort: GALIDA**

## LINKS GEDACHT

### Sozialexperte als Hardliner

Dem Stadtverordneten Theo Ludwig (FDP) wird ein hohes Maß an sozialer Kompetenz nachgesagt. Belegt wird dies durch seine Arbeit im Sozialausschuss, aber auch durch seine ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtteil Kranichstein. Von der FDP wird gesagt, sie hänge ihr Mäntelchen gerne mal in den Wind, wenn Pöstchen winken. Auch hier gibt es eine Reihe von praktischen Beispielen. Da ist man auch in der Auswahl seiner Koalitionspartner nicht wählerisch. Jetzt ist die FDP in Darmstadt mit den Sozialdemokraten in einer Koalition. Der Dritte im Bunde, die grüne Partei, hat das gemeinsame Fahrzeug kurz vor dem Abbiegen in die Nordostumgehung verlassen. Die Haushaltssituation ist angespannt.

Da zieht so mancher das soziale Gewissen wie einen Mantel kurzerhand aus. FDP-Sozialexperte Ludwig forderte in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember als Maßnahme zur Haushaltssanierung selbstbewusst „betriebsbedingte Kündigungen“ bei den städtischen Beschäftigten. Da ist er wieder, der liberale Hardliner: Das „unternehmerische Risiko“ tragen letztendlich die Beschäftigten. Durch Lohnrückerei und Entlassung. Mit den Folgen kann sich Theo Ludwig dann im Sozialausschuss befassen – sozial, kompetent und bürgernah. Wahrlich ein liberales Arbeitsbeschaffungsprogramm. Rainer Keil

**DIE LINKE.**



ULI FRANKE DIE LINKE

# Bauverein:

## Wo bleibt der Respekt vor den Mietern...

MITARBEITER DER LINKSFRAKTION

### Linksfraktion startet Aktion „Bauverein-Misstand„ des Monats

Am 15.11.2009 hatte der Hessische Rundfunk von Schimmelbefall in Dutzenden Bauvereinswohnungen im Süden von Eberstadt berichtet. Einen Tag später war eine Delegation von 14 Gießener Mieterinnen und Mietern der Bauverein AG, unterstützt von der dortigen Linksfraktion, nach Darmstadt gereist. Sie protestierten vor der Zentrale des Unternehmens gegen eine 20%-ige Mieterhöhung, die ohne jede Vorherige Instand-

haltung oder Sanierung der Gebäude verlangt wurde. Nach dem medienwirksamen Protest wurden die Mieterhöhungen fallen gelassen.

Wer sich in Darmstadt umhört, wird schnell feststellen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Viele Mieterinnen und Mieter der Bauverein AG sind stinksauer. Vor allem die „einfachen“ Mietwohnungen sind betroffen, in denen Menschen leben, die es sich

nicht leisten können, einfach die Wohnung zu wechseln, wenn der Vermieter auf ihrem Rücken Kosten spart und alle Beschwerden aussitzt.

Deshalb hat die Linksfraktion einen weiteren Fall aufgegriffen, den zwei Mieterinnen eines Wohnblocks in der Waldkolonie an uns herangetragen hatten. Bei einer Begehung konnten wir dort eine ganze Reihe von Misständen feststellen:

- **Schimmelbildung in mehreren Wohnungen aufgrund eines undichten Dachs.** Maler übertünchen den Schimmel, der immer wiederkehrt, das Dach wird nicht repariert. )
- **Heizkostenabrechnung aufgrund eines veralteten Heizungssystems extrem ungenau.** Bei einer Mieterin wird der vierfache Verbrauch ihrer Nachbarin gezahlt. Sie soll 2200 € für das Jahr 2008 nachzahlen, insgesamt sind es schon 4000 €. Eine andere Mieterin hat wegen der Probleme mit der Ablesung ihre Heizung abklemmen lassen und heizt mit Strom – unökologisch, aber für sie billiger.
- **Illegale Kündigung mit Räumungsdrohung wegen Rückständen bei der Betriebskostennachzahlung.** Die Bauverein AG droht, die allein erziehende Mieterin und ihren Sohn innerhalb von 10 Tagen vor die Tür zu setzen, obwohl klar ist, dass die Forderung aus Problemen mit der Ablesung entstanden ist. Nach Rechtshilfe durch den Mieterbund wird dies nicht weiter verfolgt.
- **Hohe Heizkosten aufgrund schlechten energetischen Zustands des Hauses.** Selbst bei der von der Ablesungsmethode bevorzugten Mieterin liegen die Heizkosten 75% über dem Darmstädter Durchschnitt.
- **Eisbildung im außen liegenden Treppenhaus.** Auf Beschwerden wegen Unfallgefahr reagiert die Bauverein AG, indem sie die Mieter zur Selbsthilfe auffordert. Sand zum Streuen könne man sich auf dem Spielplatz besorgen. Bauliche Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr werden nicht in Betracht gezogen.

## ...und Verantwortung für Klimaschutz und Ökologie?

Die Mieterinnen berichten von äußerst unbefriedigender Kommunikation mit den Sachbearbeitern des Bauvereins: sie erleben leere Versprechungen bezüglich Instandhaltungsmaßnahmen, die Schuld für Misstände wird auf die Hausbewohner geschoben, und wer nicht klein beigibt wird mit juristischem Druck eingeschüchtert, bis er sich mit Hilfe des Mieterbunds zur Wehr setzt. Eine Mieterin hat durch ihre Erlebnisse in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen, dass „der Bauverein bei uns nur das Allernötigste investiert und seine Mittel lieber für Neubau und Sanierung von Wohnungen für zahlungskräftige Mieter einsetzt“.

Die Bauverein AG gehört zum größten Teil der Stadt Darmstadt. Im Vorstand sitzen Michael Siebel, SPD-Abgeordneter in der Stadtverordnetenversammlung und im hessischen Landtag, und Daniela Wagner, Darmstädter Bundestagsabgeordnete der Grünen und wohnungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Von einem Wohnungsbauunternehmen in öffentlichem Eigentum erwarten wir Respekt und Rücksichtnahme im Umgang mit sozial benachteiligten Mietern, sowie Verantwortung für Klimaschutz und Ökologie, insbesondere eine Vorreiterrolle bei Investitionen in die energetische Sanierung auch von einfachen Wohnobjekten.

Die Bauverein AG erfüllt diese Erwartungen zur Zeit nicht.

Nachdem wir den Fall in der Waldkolonie öffentlich gemacht hatten, kündigte der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Dr. Hans-Jürgen Braun, in einem Brief an die Linksfraktion an, dass Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an dem Gebäude in Vorbereitung seien. Gegenüber der Mieterin mit dem Heizkosten-Problem wolle man sich kulant zeigen, solange das Problem mit der Verbrauchsmessung nicht gelöst sei. Selbstkritisch räumt Braun auch ein, dass es insgesamt „hin und wieder technische und organisatorische Fehler“ bei der Abwicklung der

Mietverhältnisse gebe, und verspricht Verbesserungen. So sollen noch in diesem Jahr „Mieterzufriedenheitsanalysen“ durchgeführt werden. Es ist erfreulich, dass der Vorstandsvorsitzende nicht „mauert“ wie seine Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in den Briefen, die wir uns angesehen haben. Wir werden Herrn Braun beim Wort nehmen.

Doch eines nehmen wir Herrn Braun nicht von vornherein ab, nämlich dass die Probleme sich auf wenige Einzelfälle beschränken. Die Vernachlässigung vieler Gebäude sowie der respektlose Umgang mit den Mieterinnen und Mietern hat System.

Damit allen geholfen ist, muss die Bauverein AG ihr Geschäftsgebaren grundlegend ändern. Um den dazu erforderlichen Druck herzustellen, werden wir die „Zufriedenheitsanalyse“ mit einer di Aktion „Bauvereins-Misstand des Monats“ begleiten. Wenn Sie Mieterin oder Mieter der Bauverein AG sind und bei Ihnen etwas ganz gewaltig schief läuft, machen Sie uns darauf aufmerksam! Wir werden einmal im Monat einen besonders typischen, schwerwiegenden oder bizarren Fall auswählen, die Bauverein AG damit konfrontieren und ihn an die Öffentlichkeit bringen.

## AKTION

### „Bauverein-Misstand des Monats“

Ärger mit dem Bauverein? Schimmel, Heizkostenabrechnung, ausbleibende Reparaturen, drastische Mieterhöhung?

## Wir wollen es wissen!

Die Linksfraktion sucht schwerwiegende Misstände bei der Bauverein AG. Einmal im Monat wollen wir einen „Einzelfall“ auswählen und aufbereiten, um den Bauverein-Vorstand damit zu konfrontieren.

Wenn Sie bereit sind, mit uns an die Öffentlichkeit zu gehen, schicken Sie eine kurze Beschreibung der Sachlage ein. Auch die Fälle, die wir nicht auswählen, werden wir an die Bauverein AG weitergeben.

Mail: [bauverein@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:bauverein@linksfraktion-darmstadt.de)  
Post: Fraktion DIE LINKE, Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt



Für die Rendite...



KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

STADTVERORDNETER

## Scheininsolvenz bei Maximail?

Unsere Fraktion brachte zur Stadtverordnetenversammlung am 18. März einen Antrag ein, der den Magistrat zur Prüfung der Zusammenarbeit mit der Firma Maximail Postzustellung GmbH & Co. KG aufforderte. Dies, weil die zum Medienhaus Südhessen gehörende Firma kurz zuvor Insolvenz angemeldet hatte. Denn das war aus unserer Sicht schon seit längerem geplant. Einziger Grund des Insolvenzantrages scheint die Einführung von Dumpinglöhnen und die Umgehung bestehender Tarifverträge zu sein. Ganz nebenbei möchte man sich wohl noch des gewählten Betriebsrates entledigen.

Den Eigentümern schwebt ein so genanntes Agentursystem vor, bei denen Selbständige (wohl eher: Scheinselbständige), die Post sortieren und dann austragen sollen. Die Sortierarbeit soll in einer „Agentur“ geschehen, also bei den Austrägern auf dem Küchentisch. Zu allem Überfluss soll dann noch im Akkord pro Sendung gelöhnt werden. Damit ist Tür und Tor für Dumpinglöhne geöffnet. Unserer Meinung nach kann es sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht erlauben, mit einem solchen Unter-

nehmen wie bisher seine gesamte Post zu versenden.

...tut auch ein IHK-Präsident Bach manches

UNSERE MEINUNG

Leider fand unser Antrag in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit. Als Gegner von Resolution und Antrag tat sich Leif Blum (FDP) im Besonderen hervor, er war der Meinung, dass die Vorgänge bei Maximail rein privatwirtschaftlich wären und wir Stadtverordneten uns hier raushalten müssten. Wir denken, wenn eine Stadt mit einem Unternehmen zusammenarbeitet, dass die Rechte der Beschäftigten derart unterläuft, ist das sehr wohl ein Thema für die Stadtverordnetenversammlung. Aber was will man von einem Parteimitglied erwarten, dessen Partei erst die Spenden aus dem Hotelgewerbe bekommt und dann die entsprechenden Gesetze verabschiedet?

Eine Mehrheit fand sich dann für eine Resolution mit ähnlichem Text, eingebracht von SPD und der Grünen. Man kann sich nun die Frage stellen, ob es ohne unseren Antrag diese Resolution gegeben hätte.



## Die Schuldenfalle ist aufgestellt

Wenn wir nicht aufpassen, spazieren wir hinein

VERENA HOPPE / DIE LINKE

MITABEITERIN DER LINKSFRAKTION

In Darmstadt glauben viele, die 630 Millionen Euro Schulden seien der SPD, dem Oberbürgermeister, dem Stadtbaurat und ihren Prestigeobjekten anzulasten. So gab es bei den „Neuen Wegen Arheilgen“ Pfuscher in der Planung zwar ist auch das „Darmstadtium“ entbehrlich. Dies ist aber nur ein kleiner Teil der Wahrheit, quasi ein Körnchen. Vielmehr droht Darmstadt zwischen den mahelnden Backen zunehmender Aufgaben und abnehmender Einkünfte zerrieben zu werden. Die jährlichen Sozialausgaben überschreiten den sagenhaften Betrag von 80 Millionen (Baukosten des Darmstadtiums). Kein Wunder, überträgt doch der Bund den Städten und Gemeinden zunehmend die Unterkunftskosten von Arbeitslosen, während er sich klammheimlich aus der sozialen Verantwortung stiehlt.

### Politische Arbeitsteilung: Steuersenkung und Privatisierung

Und das scheint System zu haben: Dieselben Hans-Werner Sinns, die bei Anne Will Steuersenkung predigen, nutzen die Finanznot der Städte, um Privatisierung zu preisen. Was FDP-Minister Westerwelle im Bund in Szene setzt, vollendet FDP-Dezernent Dierk Molter mit der stillschweigenden Privatisierung unseres Klinikums (nichts anderes ist die Umwandlung in eine GmbH). Der von der FDP angestrebte Nachwächterstaat wird kein Sozialstaat mehr sein. Insofern sind Systemveränderer am Werk. Um nicht Verhältnisse der Dritten Welt zu bekommen, muss Darmstadt aber eine Sozialstadt bleiben. Und daran droht unsere Stadt zerrieben zu werden. Mitschuld daran trägt nicht Oberbürgermeister Walter Hoffmann, sondern der Bundestagsabgeordnete Hoffmann, als er den Hartz-

Gesetzen zustimmte.

### Das Ziel: Umverteilung von unten nach oben

Was auch immer betrachtet wird: die beabsichtigten Kopfpauschalen, die Senkung des Spitzensteuersatzes, das Auslaufen des sozialen Wohnungsbaus und die Verweigerung von Mindestlöhnen, offenkundige Absicht ist eine Umverteilung der Einkünfte von unten nach oben. Die einen wissen nicht, wie sie den Schulausflug finanzieren, die anderen müssen sich den Kopf zerbrechen, welchem Fond sie ihr Geld anvertrauen. Früher nannte man das Klassenkampf von oben. Die Finanznot der Stadt hat System: Wer nicht einmal darauf vertrauen kann, dass die ihm hilft, der ist erpressbar.

Die Schuld allein dem jeweiligen Magistrat zuzuschreiben, erinnert an das Mantra von den Grünen Wellen, um die es in Darmstadt schlecht bestellt sein soll. Es kann kein Rezept geben, das Bundes- und Landespolitik ausblendet. Wer nichts sagt zur Finanzierung des Finanzmarktpaketes, sollte besser zu Schlaglöchern schweigen. Wer Auslandseinsätzen das Wort redet, sollte nicht bröckelnde Fassaden beklagen.

### UNSERE MEINUNG

#### Schuldenfrei ist nicht alles

Natürlich können Prestige-Objekte noch gestoppt werden: ein Westbahnhof, die Nordostumgehung und die bislang unter der Decke gehaltene Westtangente. Aber soviel städtische Angestellte entlassen, damit Darmstadt dauerhaft schuldenfrei wäre, arbeiten nicht bei der Stadt. Hier den Ausweg zu suchen, würde bedeuten, in die Falle zu laufen, die in Berlin für uns aufgestellt wurde. Darmstadt muss eine Sozialstadt bleiben.



## Geheimräte Glenz, Molter und Wenzel Stadtverordnete im Blindflug

VON RAINER KEIL / DKP

MITABEITER DER DER LINKSFRAKTION

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 17. Dezember 2009, das „Berufsschulzentrum Nord“ mittels einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) zu sanieren und zu erweitern. Die Firma „WMP/WEP Projektmanagement GmbH“ hatte Ende 2007 für 50.000 Euro den Auftrag erhalten, ein solches Modell zu untersuchen. Außer unserer Fraktion stimmten nur Teile von Uffbasse gegen diese Vorlage. Dabei lag keinem Stadtverordneten diese Studie im Wortlaut vor!

Als unsere Fraktion versuchte, diese Studie zu erhalten wurde dies von den

zuständigen Dezernenten abgelehnt. Alle Details seien der Magistratsvorlage zu entnehmen. „Der Magistrat betätigt sich wie so oft als Geheimrat“, so Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Böck. „Wenn in der Studie nur das Gleiche wie in der Magistratsvorlage steht, gibt es keinen Grund, sie zurückzuhalten.“

Die Vorlage lässt aber viele Fragen offen: So ist der enorme Unterschied der Risikokosten weder erklärt noch plausibel, außerdem wird das Insolvenzrisiko aus unerklärlichen Gründen ausgeklammert. Es ist unklar, welche „Projekte mit ähnlichem Umfang“

zum Vergleich herangezogen wurden. Andere Angaben sind reichlich diffus: „Es wird erwartet, dass die Betriebskosten...“. Wie man Zinskalkulationen über 30 Jahre realistisch veranlagern will, bleibt ebenfalls das Geheimnis der Geheimräte Glenz, Molter und Wenzel.

### Sie wissen nicht, was sie beschließen

ÖPP-Projekte werden mit »leeren öffentlichen Kassen« begründet. Dabei stellt ÖPP eine Milchmädchenrechnung dar. Denn die öffentliche Hand ist bei einem ÖPP-Vertrag ja immer noch überschuldet. Sie muss Kredite aufnehmen, um die Mieten aufzubringen. In den Mieten sind aber schon die Zinsen enthalten, die der Investor für seine Kredite zahlen muss; das ist üblich, das macht jeder Vermieter. So zahlt die öffentliche Hand zweimal Zinsen. Beispielsweise muss der Landkreis Offenbach für die in der Vertragslaufzeit zu zahlenden Mieten von insgesamt 798 Millionen Euro zusätzliche Kredite aufnehmen, für die er etwa 112 Millionen Zinsen zahlen muss. Wie geht die uns vorenthaltene Studie mit dieser Tatsache um?

„Wenn der Magistrat es ehrlich meint, macht er diese Studie öffentlich und ermöglicht die Überprüfung“



THOBIAS PAUL / DIE LINKE

MITABEITER DER LINKSFRAKTION

Wiederum hat der Magistrat sich geweigert, eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu beantworten. Unsere Fragen betraf das rückwirkend zum 1. 1. 2009 in eine gGmbH umgewandelte Klinikum Darmstadt. Wir wollten wissen, ob für das Krankenhaus ein mittelfristiges Finanzkonzept vorliegt. Und ob die Stadt Darmstadt als Eigentümer bereit ist, das Klinikum weiter finanziell zu fördern. Das dürfte für die Zukunft des Klinikums doch wohl enorme Bedeutung haben. Schließlich ist bereits jetzt absehbar, dass in den nächsten Jahren das Krankenhaus nicht aus den roten Zahlen herauskommen wird. Das hat mit den schlechter werdenden Rahmenbedingungen zu tun, weil das Land Hessen seine Verpflichtung für laufende Investitionen einfriert. Erhält das Klinikum dann keine Trägerzuschüsse, rückt eine Insolvenz in greifbare Nähe.

Klinikdezernent Dierk Molter (FDP) versteckt sich

fung der oben angedeuteten offenen Fragen“, so Karl-Heinz Böck weiter. Die Bankenrettung und die Konjunkturpakete der Bundesregierung beweisen: Wenn der politische Wille besteht, kann der Staat durchaus Kapital mobilisieren. Warum also tut er dies für die wirtschaftspolitisch fragwürdige Bankenrettung, nicht aber dazu, kommunale Infrastruktur zu modernisieren und schon verkaufte öffentliche Unternehmen zu rekommunalisieren? Es sind mehrere tausend Seiten starke Vertragstexte zu erwarten. Die Linksfraktion erinnert hierbei an einen Cross Border Leasing-Vertrag, der im Stadtkonzern abseits der Stadtverordnetenversammlung lief. Auch bei ÖPP ist wieder Kommunalpolitik im Blindflug zu erwarten.

Unsere Fraktion wird weiter auf die Offenlegung der Studie drängen. Mittlerweile wurde die Kommunalaufsicht, der Regierungspräsident, eingeschaltet. Der zuständige Dezernent wurde nochmals aufgefordert die Studie zur Verfügung zu stellen. Eine Reaktion stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Eine Veranstaltung unserer Fraktion mit dem ausgewiesenen Experten Werner Rügemer im Mai zum Thema ÖPP ist in Vorbereitung.

## Klinikum Darmstadt wird zur Geheimsache

hinter der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), und verweigert die Antworten mit der Begründung, dass der Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Klinikums ausreichend und die Stadtverordneten hierfür nicht zuständig sind. Damit offenbart Dierk Molter sein mangelndes Demokratieverständnis. Diese Frage wird schließlich nicht in Aufsichtsräten unter Ausschluss der Öffentlichkeit entschieden, sondern ist ureigenste Aufgabe der Stadtverordneten, sowie des Magistrats.

### UNSERE MEINUNG

Wir fordern den Magistrat auf, in der Frage zukünftiger Trägerzuschüsse Stellung zu beziehen. Dies schafft nicht nur Sicherheit für die Beschäftigten und deren Arbeitnehmervertretung, sondern ist obendrein die Voraussetzung für eine sichere Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand.



FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

MITABEITER DER LINKSFRAKTION

## Linksfraktion lehnt Hartz IV-Optionsmodell ab

Schwarz-gelbe Regierungskoalition, SPD und die Länder haben sich auf einem so genannten Spitzengespräch am 24. März auf eine Neuorganisation des Hartz IV-Systems geeinigt. Diese Einigung wurde ausgelöst durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007. Sie enthält vor allem zwei Kompromisse für die Trägerschaft bei der Hartz IV-Umsetzung.

Einerseits soll die gemeinsame Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in den sogenannten ARGEn per Grundgesetzänderung ‚verfassungsfest‘ gemacht werden. Andererseits soll die Zahl von 69 Kommunen und Kreisen mit dem so genannten „Optionsmodell“ drastisch auf 110 erhöht werden. Hier ist die Kommune allein verantwortlich für die Hartz IV-Empfänger.

Die geplante bundesweite Ausweitung des Optionsmodells könnte auch Darmstadt betreffen. So hat die Stadtverordnetenversammlung im Dezember vergangenen Jahres beschlossen, - und dies in seltener Einmütigkeit (von SPD, CDU, Grünen, FDP, Alternative Darmstadt und UWIGA, bis hin zu Uffbasse) - dass Darmstadt das Optionsmodell anstreben soll.

### Warnung vor Risiken und Nebenwirkungen

Die Linksfraktion warnt entschieden vor dieser Absicht.

„Das hieße, den Bock zum Gärtner zu machen: wer für die Vergabe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ‚Ein-Euro-Jobs‘ zuständig ist und gleichzeitig entscheidet, in welchen Bereichen diese anzusiedeln sind, wird aufgrund leerer Kassen sehr schnell dazu verleitet notwendige kommunale Dienste der Daseinsfürsorge billiger und auf Zwangsbasis anzubieten. Die bemerkenswerte Darmstädter Konstellation in der Frage „Optionsmodell“ - vom grünen Sozialdezernenten bis hin zu CDU und FDP - dient letztendlich nicht den Hartz IV-Empfängern, sondern soll auf ihrem Rücken den kommunalen Haushalt konsolidieren helfen. Der Bundesrechnungshof hat in seinen zwei Berichten zur Aufgabenwahrnehmung im Sozialgesetzbuch II (SGB II) bereits festgestellt, dass die amtliche Missbrauchsquote bei der Vergabe von ‚Ein- Euro-Jobs‘ bei den ‚Optionskommunen‘ deutlich höher liegt als in den gemeinsam verwalteten Arbeitsgemeinschaften (ARGEn).“, so Karl-Heinz Böck - Fraktionsvorsitzender der Darmstädter Linksfraktion.

„Die auf Hartz IV-Leistungen angewiesenen Menschen benötigen rechtliche Klarheit und eine bundesweit einheitlich geregelte Anwendung des Sozialrechts. Das kann, trotz aller notwendigen Kritik, derzeit nur die Bundesagentur für Arbeit gewährleisten. Unsere Fraktion lehnt daher das Optionsmodell, welches quasi der Einführung kommunalen Landrechts Vorschub leistet, prin-

ziptell ab“, so Karl-Heinz Böck.

### Unser Antrag: Sanktionsmoratorium

Die Linksfraction hat Ende März einen Antrag gestellt, der den Magistrat beauftragt, „in den Beirat der ARGE Darm-

stadt die Forderung einzubringen, bis zu einer Neuregelung des SGB II auf Sanktionen gegen ALG II-Berechtigte (Hartz IV-Empfänger) zu verzichten. Die Stadt Darmstadt wird diese Forderung in dem Beirat mit Nachdruck vertreten und für

nicht verhandelbar erklären. Die Stadt Darmstadt, vertreten durch Sozialdezernent Jochen Partsch, wird das Sanktionsmoratorium unter

<http://www.sanktionsmoratorium.de> unverzüglich mit unterzeichnen.



VON RAINER KEIL / DKP

# Städtische Ehrengräber

## Magistrat trotz Beweisen weiter untätig

MITARBEITER DER LINKSFRAKTION

Unsere Fraktion hat in den letzten Jahren parlamentarisch und öffentlich auf problematische Ehrengräber hingewiesen. Insbesondere die „braune“ Vergangenheit einiger so Geehrter muss aus unserer Sicht Anlass zur Überprüfung sein.

Ein exemplarisches Beispiel macht die ganze Misere deutlich:

In Darmstadt war letztes Jahr die viel beachtete Ausstellung „Verstumte Stimmen: Der Kampf um das hessische Landestheater Darmstadt“ zu sehen. Dort wurde auch das Schicksal des Leiters der Opernschule in der Akademie für Tonkunst dokumentiert. Er wurde 1933 seines Postens enthoben - er war Jude. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde er von Hans Simon entlassen, dessen die Stadt Darmstadt in einem Ehrengrab gedenkt. Simon trat am 1.5.1933 der NSDAP bei und hatte die Mitgliedsnummer 22911072, nachdem er bereits zuvor die Position des Dirigenten des Kammerorchesters des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ innehatte. Im April 1933 wurde er kommissarischer Leiter der städtischen Akademie für Tonkunst, wobei ihm vor allem die Aufgabe der Gleichschaltung zu-

Unsere Fraktion hat den Stadtoberen Belege und Beweise zur Verfügung gestellt. Im Fall Hans Simon sind dies außer dem Auszug der NSDAP-Mitgliedsdatei, der Personalfragebogen der Reichskulturkammer und ein Artikel aus der „Darmstädter Zeitung“ vom 12.10.1933. Hierin wird anschaulich gewürdigt, wie Simon aus der Akademie für Ton-



kunst „ein straff geformtes Ganzes“ machte, „das vom Geist des neuen Deutschland durchflutet ist und diesem Geist dient.“

Reaktion bisher: keine.

Alle Versuche unserer Fraktion, die Friedhofssatzung zu ändern, für mehr Transparenz zu sorgen oder dem Beispiel anderer Städte zu folgen und eine „Ehrengrab-Satzung“ zu entwickeln, wurden von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt. Unser Vorschlag, eine Kommission zur Neubewertung der städtischen Ehrengräber einzusetzen wurde zur Kenntnis genommen. In einer Reaktion auf einen offenen Brief versicherte uns OB Walter Hoffmann am 17.05.2005, er stehe der Einsetzung einer solchen Kommission aufgeschlossen gegenüber. Getan hat sich seither aber nichts.

### UNSERE MEINUNG

Unsere Fraktion hat daher einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die die Bildung einer solchen Kommission fordert. Man wird sehen wie sich die Mehrheit der Stadtverordneten dazu verhält.

Durch Annington und ausgerechnet den früheren Arbeiter-Bauverein, nun Bauverein AG.

Wie mit unserer Verfassung manches einfach sein kann

Stadtplaner und Kommunalpolitiker zerbrechen sich den Kopf, wie mit den ehemaligen Flächen der US-Armee, den „Konversionsflächen“ umgegangen werden soll. Die Stadt hat kein Geld. Der Bauverein hat fachliches Nichtkönnen bei der Umwandlung der Ernst-Ludwig-Kaserne in „Hasenställe“ bewiesen. Und Heuschrecken und Spekulanten lauern schon und wollen in „hochpreisiges Wohnen“ investieren. Dabei ist es ganz einfach. Der Artikel 14 (2) unseres Grundgesetzes sagt schlicht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Auch Artikel 45 der Verfassung des Landes Hessen bestimmt, dass Privateigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Wie viel mehr gilt das dann für öffentliches Eigentum des Bundes!

### Der Sozialstaat hatte einen Infarkt

Die BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) ist der Grundstücksmakler des Bundes. Diese Anstalt will und soll nur Kasse machen nach dem Motto „Alles muss raus!“ Ein soziales Gewissen kennt die BIMA nicht, weil der Sozialstaat spätestens durch das Finanzmarktpaket einen Infarkt erlitten hat. Derselbe Bund, der Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben überträgt, ohne für das nötige Geld zu sorgen, will unserer Stadt erneut in die leere Tasche greifen. Dabei hat er dafür nichts bezahlen müssen (außer den fälligen Stationierungskosten der US-Armee). Es ist quasi aus dem Westwald geschlagenes Indianerland, über das die BIMA verfügen will.

### Soll der Bund nur Kasse machen?

Statt nun wie Frankfurts OB Petra Roth über die Notlage von Städten und Gemeinden zu jammern, sollte angesichts der Wohnungsnot eines Teils der Bevölkerung gehandelt werden: Umwandlung der „Housing Areas“ in sozialen Wohnungsbau, möglichst unter Beibehaltung vorhandener Gebäude. Anwendung aller Gesetze einschließlich des Rechtes auf Enteignung. Das wirkt mehr als papierene Proteste, Darmstadt wird dann bekannter als durch sein Darmstadtium. Außerdem ist ein solcher Schritt folgerichtig und verfassungskonform.

### UNSERE MEINUNG

Vielleicht gibt es dann einen Kompromiss: Die Stadt plant, die Menschen wohnen und der Bund bleibt Eigentümer. Dem Grundbuch ist das egal.



SIEGFRIED OETTMEIER / DIE LINKE

# Auch für den Bund gilt das Grundgesetz

Einerseits Leerstand seit anderthalb Jahren andererseits Wohnungsnot

MITARBEITER DER LINKSFRAKTION

Seit anderthalb Jahren steht nicht nur ein Haus, nicht nur eine Straße, sondern stehen ganze Siedlungen leer. Sie werden geheizt und bewacht, aber niemand darf hindurch oder hinein: die „Housing Areas“ und übrigen „Facilities“ der US-Armee. Darmstadt gehörte nach dem 1. Weltkrieg zur Entmilitarisierten Zone. Nach deren Besetzung durch die Nazi-Wehr-

macht am 7. März 1936 klotzten die Nazis für ihren „Hauptwaffenplatz im Westen“ Kasernen und Depots in den Westwald (nachdem sie Darmstadt zur „Großstadt im Walde“ ernannt hatten). Nach dem 2. Weltkrieg musste für die US-Armee zum Bau von Lincoln-Siedlung und St. Barbara noch einmal überwiegend Wald weichen.

Seit vielen Jahren schon suchen konstant 2000 Haushalte über das Wohnungsamt eine preiswerte Wohnung. Je nach Berechnung sind 28 - 43% der Darmstädter wohngeldberechtigt. Sozialwohnungen werden nicht mehr gebaut, im Gegenteil: bestehende fallen fristgemäß aus der Mietpreisbindung heraus. Mietwohnungen werden zu Eigentumswohnungen umgewandelt.

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DIE LINKE, DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION  
Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 DARMSTADT

DARMSTADT  
Links

### IMPRESSUM

DARMSTADT  
Links

Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 12 000 Exemplare

#### LAYOUT & GESTALTUNG

Hans Ulrich Vergin  
Keine Textkorrektur

DIE LINKE, DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION

Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 DARMSTADT

### BÜROZEITEN

Mo. 15:00 - 20:00 Uhr  
Mi. 16:00 - 19:00 Uhr

TEL : 0 61 51 / 66 90 310  
FAX : 0 61 51 / 66 90 533